

Wahlprüfstein DIE LINKE

Deutscher Naturschutzring e. V.
Marienstr. 19-20
10117 Berlin

Energiepolitik, Agrarpolitik, TTIP

Klima & Energie

Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Treibhausgaseinsparungen von 40 Prozent bis 2030 sind zu wenig, um eine gefährliche Erderwärmung über zwei Grad zu verhindern. Das Ausbautempo für erneuerbare Energien und Effizienz würden gegenüber heute deutlich gedrosselt. Unterstützen Sie eine Erhöhung der Ambition und drei verbindliche Ziele für Treibhausgasreduktionen, erneuerbare Energien und Energiesparen?

Werden Sie eine Reparatur des Emissionshandels vorantreiben, damit von diesem Instrument wieder Anreize für klimafreundliche Investitionen und Innovationen ausgehen?

DIE LINKE setzt sich für drei verbindliche, aufeinander abgestimmte Ziele der Energie- und Klimaschutzpolitik der EU ein. Diese müssen deutlich ambitionierter ausfallen als die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Ziele. Der Treibhausgasausstoß soll bis zum Jahr 2030 um 60 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 gesenkt, der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch auf 45 Prozent gesteigert werden. Der Primärenergieverbrauch soll bis 2030 um 40 Prozent reduziert werden.

Durch die Fehlkonstruktion des Emissionshandels sind in der Vergangenheit etwa zwei Milliarden überschüssige CO₂-Zertifikate aufgelaufen. Würde man nun diese zwei Milliarden Emissionsrechte, wie von uns gefordert, endgültig stilllegen, die Anrechnung von CDM-Gutschriften verbieten und den linearen Minderungspfad im Emissionshandel verschärfen, so könnte sich das marode Emissionshandelssystem erstmalig zu einem Klimaschutzinstrument wandeln. All dies geschieht jedoch bislang nicht. Die Backloading-Initiative der EU, also das zeitweise „Zurücklegen“ von 900 Millionen CO₂-Zertifikaten, wie auch die darüber hinausgehende Reformvorschläge der EU-Kommission sind völlig unzureichend. Schon heute ist klar: Die CO₂-Preise werden auch in den nächsten 10 bis 15 Jahren im Keller bleiben, aus dem Emissionshandel also kein Klimaschutz erwachsen.

DIE LINKE fordert daher ergänzend zum Emissionshandel ein Kohleausstiegsgesetz (vgl. LINKE-Antrag „Kohleausstiegsgesetz nach Scheitern des EU-Emissionshandels“ auf Bundestagsdrucksache 17/12064). Dieses umfasst u.a. Restlaufzeiten für Kohlekraftwerke, um einen schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung, unabhängig vom Emissionshandel, zu garantieren. Danach soll bis spätestens 2040 das letzte Kohlekraftwerk in Deutschland vom Netz gehen. Wir sprechen uns in diesem Zusammenhang auch gegen den Neubau von Kohlekraftwerken und den Neuaufschluss von Braunkohletagebauen aus.

Agrarpolitik

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss ein Instrument zur Förderung einer bäuerlichen und ökologischen Agrarkultur werden und damit zum Schutz der Böden, zum Erhalt von Natur und Artenvielfalt sowie zum Tierwohl beitragen.

Werden Sie Ihr Mandat nutzen, um das Konzept der flächengebundenen Tierhaltung für alle Betriebe verpflichtend einzuführen und die Förderung heimischer Futtermittelpflanzen zu stärken?

DIE LINKE steht für eine standortgerechte und flächengebundene Tierhaltung. Wir wollen, dass Futtermittelimporte in die EU Schritt für Schritt reduziert werden. Darum lehnen wir reine Tierhaltungsanlagen, die nicht in einen Agrarbetrieb inklusive der Futtermittelproduktion integriert sind, ab. Darüber hinaus müssen auch Flächen zur Ausbringung der Wirtschaftsdünger und bei vielen Tierarten auch Auslaufflächen zur Verfügung stehen. Um den Anbau einheimischer Eiweißfutterpflanzen attraktiver zu machen, muss insbesondere die öffentliche Agrar- inklusive der Züchtungsforschung gestärkt und Eiweißfutterpflanzen im Rahmen der ökologischen Vorrangflächen anerkannt werden.

Werden Sie sich im Rahmen der Halbzeitbewertung der EU-Agrarpolitik im Jahr 2017 für ein anspruchsvolleres Greening und insbesondere für die Erhöhung der ökologischen Vorrangflächen auf sieben Prozent einsetzen?

DIE LINKE steht für eine Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP), die konkrete soziale und ökologische Leistungen honoriert. Dafür hatten wir in unserem GAP-Konzept für alle Agrarbetriebe verpflichtend 5 (mehrjährige und dauerhafte Bepflanzung) -10 (einjährige Kulturen) Prozent ökologische Vorrangflächen vorgeschlagen. Den aktuellen Kompromiss unterstützen wir dennoch als Schritt in die richtige Richtung. Die Wirksamkeit seiner Umsetzung in den Mitgliedsstaaten für Klima- und Umweltschutz muss konsequent überwacht werden, um eventuelle Schwächen zeitnah nachbessern zu können. Das betrifft nicht nur die Flächengröße der Vorrangflächen, sondern auch die Art der Bewirtschaftung (Dünger/Pestizide, erlaubt/verboten) und die anderen Greening-Auflagen. Wir schlagen darüber hinaus ein Anbau-Verbot transgener Pflanzen als Vorbedingung für die Direktzahlungen vor.

TTIP & CETA

Hinter verschlossenen Türen und ohne Beteiligung des EU-Parlaments verhandelt die EU-Kommission derzeit mit den USA und Kanada die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA, die Europaabgeordneten können die Freihandelsabkommen aber noch ablehnen.

Werden Sie im EU-Parlament gegen das TTIP und das CETA stimmen, wenn die Abkommen

- Sonderklagerechte für Unternehmen in so genannten Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeiten enthalten;
- ein Kapitel zur regulatorischen Kooperation mit einem Regulierungsrat enthalten, der es möglich macht, Standards – also auch niedrigere US-Standards – gegenseitig anzuerkennen;
- das EU-Vorsorge- und Verursacherprinzip umgehen und so den Weg frei

machen für den Import von Gentech-Lebensmitteln, hormonbehandeltem Fleisch oder von in der EU bisher verbotenen Chemikalien?

DIE LINKE lehnt das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) ab. Das TTIP wird, sollte es in Kraft treten, den großen Banken und Konzernen und nicht der europäischen Binnenwirtschaft nützen. Konzernen soll ein Klagerecht gegen Staaten bzw. soziale und ökologische Standards eingeräumt werden (Investitionsschiedsgerichtsbarkeit). Es droht, dass der Finanzsektor weiter dereguliert wird, öffentliche Dienstleistungen privatisiert sowie Monopolisten im Bereich des geistigen Eigentums gestärkt werden. Das TTIP wird, wenn wir es nicht gemeinsam mit anderen verhindern, den europäischen Markt mit Biokraftstoffen, Gentechnik-Lebensmitteln sowie Klon- und Hormonfleisch überschwemmen. Selbst die unzureichende EU-Chemikalienverordnung REACH sowie die ohnehin laxen Euro-Norm für Abgas-Emissionen stehen in Frage. Schutz und Vielfalt von Kulturgütern gemäß der UNESCO-Konvention würden gefährdet. DIE LINKE organisiert und unterstützt deshalb Initiativen – innerhalb und außerhalb der Parlamente –, die darauf gerichtet sind, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA zu stoppen.

Naturschutz und Biodiversität

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Initiativen zu einer verbesserten Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie, der EU-Naturschutzrichtlinien und des Natura-2000-Schutzgebietsnetzwerkes, sowie der Wasserrahmenrichtlinie ergriffen werden?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU die Mitgliedstaaten dabei finanziell stärker unterstützt, insbesondere durch eine Stärkung des Finanzierungsinstrumentes LIFE?

Ja. DIE LINKE kämpft für die Erhaltung und Förderung der Artenvielfalt und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir wollen die biologische Vielfalt schützen und auch die Vielfalt an Kulturpflanzen und Nutztierassen erhalten. Um diese Ziele zu erreichen, ist eine verbesserte Umsetzung der EU-Regelungen unbedingt notwendig. Dazu gehört für DIE LINKE auch die Ausweitung des Schutzgebietsnetzes »Natura 2000« sowohl auf dem Land als auch in Meeresgebieten.

DIE LINKE streitet für eine konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Nicht das Einbetonieren von Gewässern, sondern Auenschutz und Renaturierung schaffen lebendige Flüsse, einen umfassenden Hochwasserschutz und gesundes Grundwasser. Schad- und Nährstoffeinträge müssen minimiert werden. Salzeinleitungen aus Industrieunternehmen und Abraumhalden sind zu untersagen.

Darüber hinaus setzen wir uns für den Erlass einer umfassenden EU-Bodenschutzverordnung bzw. einer EU-Bodenrahmenrichtlinie ein, um so den Schutz der Bodenfunktionen besser und grenzüberschreitend zu gewährleisten

Für die konsequente und zügige Umsetzung des bestehenden EU-Naturschutzrechts und das Management des Schutzgebietsnetzwerkes Natura 2000, sowie notwendige Zwischenbewertungen und Kontrollen zur Umsetzung ist eine Aufstockung des Umweltprogramms LIFE dringend erforderlich. DIE LINKE wird sich deshalb selbstverständlich für eine weitergehende Unterstützung der Mitgliedstaaten und damit einhergehend für eine deutliche Erhöhung des finanziellen Rahmens des Förderprogramms LIFE einsetzen.